

Journal für Entwicklungspolitik VIII/4, 1992, S. 333 – 351

**Markus Brunner**

## **VOM VERLUST DER PERSPEKTIVEN: 500 JAHRE KAPITALISTISCHES WELTSYSTEM\***

### **Abstract**

*The article deals with the question, which strategy should anti-systemic movements, in the context of the world-system, pursue and which perspectives have proven as useless. The main thesis is that after the breakdown of the centrally planned economies of Eastern Europe and after the end of the era of development, both experienced in the late 1980s, political movements formerly regarded as anti-systemic (e.g. leftist parties, trade unions or guerrilla units) have ultimately lost their legitimacy. By sketching out the main ideologies brought about by the world-system, it will be shown that nearly all political movements accepted the state as a main political institution and, subsequently, the perspective of a national (economic) development as a goal of their own. By doing so, they alienated themselves from the popular support they originally had.*

*Now, as we are witnessing the agony of the myth of development and the counter-productivity of the acquisition of the state machinery, new political possibilities are arising for grassroots-movements all over the world.*

### **1. Einleitung**

Es ist natürlich unmöglich, im Rahmen eines Referats von ca. einer Stunde auf alle möglichen Aspekte lateinamerikanischer Politik oder Wirtschaft der 500 Jahre, die zwischen Kolumbus und heute liegen, einzugehen. Vieles haben Sie bei dieser Ringvorlesung bereits von anderer Seite gehört, so daß ich Sie nicht mit Wiederholungen langweilen will. Ich beschränke mich daher auf einen Aspekt, der im Titel dieser Veranstaltung erwähnt wurde: „Vom Verlust der Perspektiven“.

Der „Verlust der Perspektiven“, den ich untersuche, betrifft weniger die neoliberalen Regierungen Lateinamerikas oder die transnationalen Konzerne, die vordergründig das politische Geschehen Lateinamerikas bestimmen. Auch interessiert mich nicht der Verlust der Perspektiven bei internationalen Finanzinstitutionen wie Weltbank oder Weltwährungsfonds, ebensowenig bei den Regierungen der USA, Japans oder Westeuropas.

Worum es mir geht, ist jenes Konglomerat aus sozialen und politischen Gruppierungen, Parteien, Guerillaverbänden und Gewerkschaften, aus Intellektuellen und Sozial-

\* Salzburg, Ringvorlesung „Der blutende Kontinent“ — Perspektiven Lateinamerikas 500 Jahre nach Kolumbus“, Referat am 22. 6. 1992.

wissenschaftlern, aus Basisbewegungen und Gemeinschaften, das noch vor nicht allzu langer Zeit unter dem Begriff „die Linke“ zusammengefaßt wurde.

Dabei wird es hauptsächlich um zwei Fragen gehen:

Welche Perspektive(n) war(en) es, die nun nicht mehr glaubwürdig ist (sind), die sich als unbrauchbar, ja sogar kontraproduktiv erwiesen hat (haben)?

Welche Konsequenzen ergeben sich daraus für die Analyse politischer Konflikte in Lateinamerika?

Um diese beiden Fragen sinnvoll beantworten zu können — was bei der Breite dieses Themas notwendigerweise schematisch und anhand von ausgewählten Fallbeispielen geschehen muß —, habe ich den Vortrag in zwei Teile gegliedert.

Im ersten, eher theoretisch gehaltenen Teil werde ich der Frage nachgehen, was dieses moderne Weltsystem, das kapitalistische Weltsystem, das da vor 500 Jahren mit Kolumbus nach Amerika gekommen ist, eigentlich ist. Wir werden seine Entstehungsgeschichte betrachten und seine wichtigsten Grundlagen analysieren. Im Anschluß daran werden wir uns um eine Definition des Widerstands gegen dieses Weltsystem, den es zu allen Zeiten und überall mehr oder weniger stark gegeben hat, bemühen. Ich schlage dafür den von Immanuel Wallerstein stammenden Begriff „antissystemische Bewegungen“ vor, der uns einen weiten Spielraum für die Interpretation von Widerstand gibt.

Im zweiten Teil wird es darum gehen, die Hauptthese an ausgewählten Fallbeispielen zu überprüfen. Sie lautet:

Der größte Teil der lateinamerikanischen Bewegungen, die uns in Europa bekannt sind, war nie oder nur anfänglich antissystemisch, d.h., „gegen die Funktionsweise des Weltsystems“ gerichtet. Speziell wenn sich Bewegungen um die Macht im Staate oder um Einflußnahme auf staatliche Politik bemühen, verlieren sie ihren antissystemischen Charakter, da sie sich dann der Dynamik des Weltsystems unterordnen (müssen).

Als Belege für diese These werde ich die Beispiele Dependenztheorie und — streiftlichtartig — den „Kommunismus in den Tropen“ (Ziegler 1989) — Kuba, Nicaragua — heranziehen.

Im letzten Abschnitt des Vortrags werde ich dann anhand der aktuellen Situation in Guatemala versuchen nachzuweisen, daß das „verlorene Jahrzehnt von Entwicklung“ und der Zusammenbruch der Planwirtschaften Osteuropas in den achtziger Jahren tatsächlich zu einem Verlust der Perspektiven unter der „traditionellen Linken“ (Parteien, Gewerkschaften, Guerillaorganisationen) geführt haben, daß sich daraus jedoch neue Spielräume für die nunmehrigen antissystemischen Bewegungen ergeben.

## 2. Das Problem

Doch zuerst eine kurze Darstellung, wie ich zu dieser Fragestellung gelangt bin:<sup>1</sup>

Während meines viermonatigen Aufenthalts in Guatemala 1991 führte ich etliche Interviews und Gespräche mit Freunden. Auf die Frage, ob die Repressionswelle der achtziger Jahre so etwas wie einen Bruch in der Geschichte Guatemalas dargestellt hätte, eine ungewöhnliche Übersteigerung vorangegangener Erfahrungen, antwortete mir ein Quiché-Indio: „Nein, die achtziger Jahre waren für uns nicht etwas Neues, qualitativ anderes. Was sie von der Zeit vorher unterschied, war, daß der Druck auf

uns (disminución) von zwei Seiten kam: von der Armee und von der Guerilla. Dadurch wurde zwar unsere Lage doppelt prekär, im Prinzip läßt sie sich aber als Fortschreibung dessen charakterisieren, was wir seit 500 Jahren erleben.<sup>2</sup>

Das Phänomen, auf das dieses Zitat anspielt, ist keineswegs nur auf Guatemala beschränkt. Überall auf der Welt erfahren Guerilla-Organisationen, daß diejenigen, für deren Rettung sie sich vorgeblich eingesetzt haben, für die sie in die Berge zogen und teils jahrzehntelang von dort aus den bewaffneten Kampf gegen die jeweiligen Regierungen führten, ihnen nunmehr in Scharen davonlaufen. Wie der nackte Kaiser im Märchen, der meinte, seine Untertanen mit den neuen Kleidern beeindrucken zu können, stehen sie nun da, der Rechtfertigung ihres Kampfes — der Sympathie und Unterstützung „des Volkes“ — beraubt. Gleichsam als Trotzreaktion, um nicht dem Hohn und Spott ihrer politischen Gegner ausgeliefert zu sein, bemühen sie sich nun umso verbissener, als gleichberechtigte Teilhaber an der Macht im Staate akzeptiert zu werden.<sup>3</sup>

Allein schon die Tatsache, daß Regierungen — ob demokratisch gewählte oder Militärdiktaturen — es vorziehen, mit den Spitzen der Guerilla zu verhandeln, sie gleichsam als ebenbürtige Gegenspieler ansehen, anstatt mit Graswurzelbewegungen, movimientos populares oder ähnlichen sozialen Gruppen in Kontakt zu treten,<sup>4</sup> muß stutzig machen — es ist augenscheinlich, daß wieder einmal eine Kooptierung von Teilen der Opposition durch das Versprechen, ein Stückchen vom Kuchen der Macht zu erhalten, erfolgt, wieder einmal über die Köpfe der „Menschen ohne Geschichte“<sup>5</sup> hinweg.

Aber dieses Phänomen ist natürlich nicht nur auf Lateinamerika, Afrika oder Asien beschränkt. Auch in den Industriestaaten ringen grüne und alternative, feministische und sozial engagierte Gruppen darum, als „politikfähig“ — das heißt fähig und würdig, an der Staatsmacht teilzuhaben — anerkannt zu werden. Mit der Aufgabe und der aktiven Unterdrückung jeglicher Diskussion über grundlegende Institutionen moderner Herrschaft wie „Staat“, „Patriarchat“ und „Kapital“ fand und findet auch bei uns ein Ausschlussprozeß statt, der innerhalb dieser Bewegungen diejenigen übrigbleiben läßt, die sich wohlfühlen in ihrer Rolle als *Staatsherren*.

Es kristallisierte sich bald heraus, daß „Staat“ eine zentrale Analysekategorie ist.

Bei meinem Aufenthalt in Guatemala bzw. bei der Literaturrecherche bin ich ständig mit der Ambivalenz, die dem Phänomen „Staat“ innewohnt, konfrontiert worden: die Ausrichtung vieler Artikel und der Politik, auch der Opposition und vor allem von dem Teil der Opposition, der am heftigsten gegen die Regierung kämpft — der Guerilla, auf die verschiedenen Aktivitäten im Rahmen staatlicher Politik korrespondiert mit einer auffälligen Schwäche dieses Staates bei der Bereitstellung minimaler Infrastrukturleistungen, eines Staates, der gleichzeitig aber wiederum extrem repressiv gegenüber bestimmten Gruppen vorgeht.

Diese zentrale Stellung des Staates in den Analysen und in der Politik widerspricht jedoch einer in letzter Zeit häufig vertretenen Auffassung, wegen seiner Schwäche in Zeiten der Krise würde der „Staat“ — besonders in der Peripherie — verschwinden, praktisch kampfflos das Feld räumen.

Da ich annehme, daß es sich dabei nicht um einen Widerspruch handelt, begann ich, nach Erklärungen dafür zu suchen. Im Laufe der Zeit erkannte ich, daß die verschiedenen Aktivitäten des Staates nicht nur die Handlungen der direkt davon

Betroffenen beeinflussten, sondern daß gerade die — scheinbar — schärfsten Widersacher sich in zunehmendem Maße, eigentlich aber schon von Beginn an, der Mittel und Methoden staatlicher Politik bedienten, um ihre Ansprüche durchzusetzen.

Meine Absicht besteht nun darin, darzustellen, daß die Politik des Staates ebenso wie die Politik der Guerilla und der legalen Opposition den Effekt hatte, die Staatsstrukturen in Lateinamerika zu stärken. Deshalb konnte die offen zur Schau gestellte Stärke des Staates — etwa in Form einer Militärdiktatur — in den Hintergrund treten. Einem scheinbaren „Verschwinden“ des Staates stelle ich also die These seiner stärkeren und massiveren Verankerung in allen Bereichen des täglichen Lebens gegenüber, die ersteres ermöglicht.

Doch nun zurück zum Eingangszitat: Es drückt mit anderen Worten das aus, was Gustavo Esteva in einem Vortrag in Ciudad de Guatemala am 19. August 1991 mit der Erbschaft der Europäer beschrieb, die „vier M: Missionare, Militärs, Mercaderes (Händler) und Marxisten“. Alle vier (bzw. fünf)<sup>6</sup> brachten aber nicht nur das Weltsystem nach Amerika (oder — wie im Falle der Marxisten — wurden vom Weltsystem nach Amerika gebracht), im Gepäck hatten sie auch die Idee des Staates, die zuvor in dieser Form in Amerika nicht bekannt war. Sicherlich, die großen andinen und mesoamerikanischen Kulturen kannten so etwas wie „staatsähnliche Organisationen“<sup>7</sup> und eine relativ ausdifferenzierte soziale Struktur. Da der moderne Staat aber erst mit der Expansion des — vorerst europäischen — Weltsystems auf die Bühne der Geschichte tritt, war er in dieser spezifischen Form vorher in Amerika — genauso wie in Asien und Afrika — unbekannt (vergleiche Sonntag 1991b, S. 145 — 155).

Nicht die Andersartigkeit oder Un- bzw. Halbfertigkeit — das Noch-nicht-ganz-entwickelt-Sein des Staates in der Peripherie — ist hier gemeint, sondern genau das Gegenteil: als Schöpfung des Weltsystems hat der Staat hier wie dort, im Zentrum genauso wie in der Peripherie, die selben Aufgaben zu erfüllen. Der Staat ist hier wie dort bereit, mit dem selben Ausmaß an Gewalttätigkeit gegen antisystemische Bewegungen oder Ideen vorzugehen. Ein Blick auf die Geschichte der Staaten Europas oder auf die Behandlung der Indianer in den Zentrumsstaaten USA und Kanada mag da genügen. Die Staaten des Zentrums — Staaten, die in den ökonomischen Kerngebieten liegen — sind jedoch aufgrund ihrer relativen Stärke gegenüber Staaten in Peripherie und Semiperipherie in der Lage, erstens Gewalt aus ihren Territorien auszulagern und Staaten in der Peripherie zur Verwaltung und Vollstreckung dieser Gewalt zu verpflichten,<sup>8</sup> zweitens einen größeren Teil der Bevölkerung über ökonomische und politische Integrationsmechanismen ruhigzustellen und drittens im Notfall massiver gegen jegliche Opposition vorzugehen.

Die Hauptaufgabe des Staates — auch in der Peripherie — ist die Kontrolle über seine Ressourcen — und das sind in erster Linie Land und Arbeitskräfte, in Guatemala vorwiegend indianische Bauern und — nach ihrer Vertreibung vom Land — das Heer der billigen Arbeitskräfte für Weltmarktfabriken (Maquiladoras).

In der Nachkriegszeit wurde „Entwicklung“ in den Ländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas zu dem Mittel, die ständig erforderliche Anpassung an die Dynamik des Weltsystems durchzuführen. Im Namen eines in ferner Zukunft liegenden, systembedingt aber niemals erreichbaren „letztendlichen Wohlergehens“ (Esteva 1992) wurden Projekte und Programme, Politiken und Strategien in Kraft gesetzt, die es ermöglichten, Ausbeutung und Unterdrückung voranzutreiben.

Staat ist also eine Institution im Weltsystem. Als solche kann ein einzelner Staat nur in Beziehung zu den anderen Staaten im Weltsystem und durch seine Positionierung im Weltsystem verstanden werden. Bei der Bewertung bestimmter Handlungen von Staaten kommt hinzu, daß Staaten — wie alle sozialen Institutionen — ein Eigenleben besitzen, das sich aus ihrem jeweiligem Aufbau und ihrer Zusammensetzung ableitet, und als bürokratische Organisationen Eigeninteressen formulieren. Der Grundstock der Aktivitäten des Staates erklärt sich aber aus der Dynamik und den Anforderungen des Weltsystems.

Staat ist jedoch mehr — es ist das überzeugendste und für eine überwiegende Mehrzahl politischer Gruppierungen attraktivste Ordnungsprinzip, jene Art, Macht zu organisieren, zu hierarchisieren, auszudrücken und zu verwenden, die in modernen Gesellschaften vorherrschend ist.

Der Prozeß der Durchsetzung dieses auf dem Prinzip des Teilens-und-Herrschens beruhenden Typs sozialer Organisation, den ich mit Joachim Hirsch und Claudia Werlhof „Durchstaatlichung“ (Werlhof 1991) nenne, ging natürlich auf der ganzen Welt nicht ohne massive Widerstände vonstatten. Um diese Widerstände von „Hexen“, Bauern, Frauen, Kolonisierten, Künstlern etc. zu brechen, wurde und wird einerseits direkte Gewalt angewendet: Inquisition, Hexenverfolgung, Landraub, Ethnozid, Diskriminierung und Unter-staatliche-Strafe-Stellung a-normaler Verhaltensformen, etc. Andererseits wird eine konsequente Politik der Durchstaatlichung im Sinne sowohl der Ausbreitung und Ausdifferenzierung staatlicher Institutionen als auch im Sinne einer Durchsetzung des Prinzips staatlicher Organisation auf allen sozialen Ebenen betrieben.

In diesem Zusammenhang „Entwicklung als universale Richtschnur zu akzeptieren, bedeutet eine Limitierung der Möglichkeiten der Entfaltung radikalerer Alternativen“ (Escobar, zitiert in: Starnberger Forschungsberichte 2/91, S. 24). Entwicklungspolitik und die Politik nationaler Entwicklung war und ist die Politik der Durchstaatlichung, der Versuch der staatlichen Durchdringung anderer Lebensweisen, der genau die Auslöschung derselben und ihre Ersetzung durch staatskonformere zum Ziel hat.

Soweit also zur Vorgeschichte, zu den einleitenden Bemerkungen.

### 3. Was brachten die Europäer nach Amerika?

Wenn wir uns der Expansion der europäischen Weltwirtschaft zuwenden, begehen wir uns auf ein Feld, das immer noch von vielen Zweifeln und Fragen gekennzeichnet ist. Die vielleicht wichtigste davon ist: Warum Europa? Warum errichtete nicht das technologisch und wirtschaftlich überlegene China eine Wirtschaft globalen Ausmaßes?

Ein Teil der Antwort liegt wohl in den verschiedenen Wahrnehmungsweisen der Welt: in China eher Selbstbegrenzung und Endlichkeit, in Europa eine expansionistische, vom Gedanken des Wachstums durchdrungene Sichtweise (wie es u.a. Dietrich 1992 darzulegen versucht).

Ich neige jedoch zu der Ansicht, daß materielle Gründe für die europäische Expansion bestimmend waren, Gründe, die in der Organisation von Wirtschaft und Gesellschaft im ausgehenden Mittelalter bzw. der beginnenden Neuzeit zu suchen sind.

Meine These ist, daß sich im Europa des „langen sechzehnten Jahrhunderts“ (Braudel) — von 1450 bis 1640 — das kapitalistische Weltsystem in seinen wesentlichen Koordinaten herausgebildet hat, wobei wir vorerst drei dieser Koordinaten betrachten werden: erstens die eigentümliche Organisation der Wirtschaft, die auf die beständige Akkumulation von Kapital abzielt und die wir deshalb Kapitalismus nennen; zweitens eine Form der politischen Organisation, die sich auf den Staat als zentrale Einheit konzentriert; und drittens eine Neuregelung der Beziehungen zwischen den Geschlechtern, die Ivan Illich als den Übergang von Genus, dem „dyssymmetrischen Ergänzungsverhältnis zwischen den Bereichen eines Mannes und einer Frau“ (Illich 1987, S. 23), wie wir es in jeder vernakulären Kultur finden, zu Sexus, der behaupteten Unisexualität unserer modernen Welt, bezeichnet; andere — wie etwa Werlhof — nennen es den Prozeß der Patriarchalisierung.

Kapital, Staat und Patriarchat waren also die fundamentalen Kriterien dieser neuen Welt (und sind es bis heute geblieben).

Nun etwas genauer zu den ersten beiden, zur Entstehung von Kapitalismus und Staat, die Hand in Hand ging:

Aus der „Krise des Feudalismus“<sup>9</sup> vom 13. bis zum 15. Jahrhundert, entstand in Europa eine „neue Form der Surplusaneignung, eine kapitalistische Weltwirtschaft“ (Wallerstein 1986, S. 46), die nicht mehr in der direkten Aneignung der landwirtschaftlichen Mehrproduktion in Form von Tributen (wie bei Weltreichen) oder feudalen Renten (wie im europäischen Feudalismus) gründete.

Zur Verdeutlichung sei ein Beispiel angeführt:<sup>10</sup>

Im europäischen Feudalismus des Mittelalters produzierte der Grundbesitzer (oder: ließ der Grundbesitzer produzieren) für eine lokale Wirtschaft, seine Macht (als Fürst, etc.) rührte aus der Schwäche der Zentralgewalt. Was er mit Gewalt aus seinen Besitzungen und den Menschen herausholen konnte, ermöglichte ihm einen gesellschaftlich fixierten Grad an Luxus und die Deckung der Kosten für die Kriegsführung.

In Osteuropa und Lateinamerika im 16./17. Jahrhundert, eine Periode, die von vielen Autoren wiederum als „feudalistisch“ charakterisiert wird, produzierte der Grundherr (encomendero, etc.) für eine kapitalistische Weltwirtschaft. Sein Gewinn wurde durch Angebot und Nachfrage auf dem Markt festgelegt. Seine Macht wurde eher durch die Stärke denn durch die Schwäche einer Zentralgewalt erhalten, Stärke vor allem gegenüber den Landarbeitern. Wallerstein nennt diese Form der Produktion mit Hilfe von Sklaven, Schuldknechten, Pachtbauern oder Kleinbauern „erzwungene verkaufsorientierte landwirtschaftliche Arbeit“ (Wallerstein 1986, S. 123), um sie gegenüber der mittelalterlichen feudalen Produktionsweise abzugrenzen.

## Der Staat

Natürlich hat es bereits vor dem 16. Jahrhundert Staaten gegeben, nur waren sie alle nicht das, was wir heute darunter verstehen. Sie waren allesamt nicht eingebunden in eine kapitalistische Weltwirtschaft. Moderne Staaten sind ohne das moderne Weltsystem nicht denkbar.

Staaten sind eine der grundlegenden Institutionen der Weltwirtschaft; ihre Aufgabe ist, die neue, kapitalistische Form der Aneignung des Mehrprodukts zuerst in der Landwirtschaft, später in der Industrie zu stützen. Entscheidend dabei ist, daß kein Staatsapparat den Weltmarkt in seiner Gesamtheit kontrolliert.

Simon Wiesenthal beschreibt in seinem Buch „Segel der Hoffnung“ einen wichtigen Mosaikstein für die Herausbildung des modernen Staats, nämlich die Inquisition. Er stellt fest: „Die nun geschaffene Inquisition brauchte einen großen Apparat: Eine Bürokratie, eine Polizei (mit anderen Worten: die Monopolisierung der Gewalt) und ein Denunziantentum.“ (Wiesenthal 1992, S. 46)

Die wichtigsten Eingriffsmöglichkeiten des ab dem 13. Jahrhundert entstehenden Staates waren finanzieller Art (wie Wiesenthal nachweist, auch einer der Hauptgründe für die Inquisition): es wurde eine zivile und militärische Bürokratie geschaffen, die stark genug war, Steuererhebungen durchzusetzen, um damit eine noch stärkere bürokratische Struktur zu finanzieren.

Gegen Ende des langen 16. Jahrhunderts (gegen 1640) hatte sich dann die kapitalistische Weltwirtschaft mit ihren beiden grundlegenden Charakteristika herausgebildet: wirtschaftliche Entscheidungen wurden fortan „primär auf die Arena der Weltwirtschaft ausgerichtet, während sich politische Entscheidungen primär an kleineren Strukturen orientierten, wo es legale Kontrolle geben kann — also den Staaten ... innerhalb der Weltwirtschaft“ (Wallerstein 1986, S. 99).

Europa hatte so seine „Krise“ überwunden, und entscheidend dafür waren drei Dinge: erstens, die Konstituierung einer „weltweiten“ Arbeitsteilung mit unterschiedlichen Arbeitskontrollmethoden für verschiedene Produkte und Zonen der Weltwirtschaft; zweitens die Schaffung von relativ starken politischen Instanzen in den Zentrums- oder Kerngebieten dieser Weltwirtschaft, also die Schaffung von Staaten; und drittens ein Punkt, der die Voraussetzung für die beiden vorher genannten bildet, die Ausweitung des geographischen Umfangs der betreffenden Welt, konkret: die Expansion nach Osteuropa (Polen) und nach Übersee (Wallerstein 1986, S. 47).

Sie werden sich nun fragen, warum ich so weit ausgeholt habe, wenn es doch im Referat um den „Verlust der Perspektiven“ gegen Ende des 20. Jahrhunderts gehen sollte.

Für mich ergibt sich die Legitimität einer solchen Vorgangsweise aus zwei Gründen:

Einerseits sind wir durch diese streiflichtartige Erkundung in die Ursprünge des Weltsystems zu einer Definition seiner Grundlagen, die auch in späteren Perioden gültig sind, gelangt.

Andererseits erlaubt uns diese Definition eine Charakterisierung der antisystemischen Bewegungen, von Bewegungen also, die gegen das Weltsystem gerichtet sind und früher oder später zu seinem Ende beitragen werden. Antisystemische Bewegungen sind somit alle jene Formen von Widerstand, die sich gegen die Grundlagen des Weltsystems richten, diese ablehnen, ignorieren oder bekämpfen.

Diese Definition erlaubt uns aber auch eine weitere Unterscheidung, ein Erkennen „falscher“ Alternativen: Wenn etwa — um auf einen Vortrag im Rahmen dieser Ringvorlesung Bezug zu nehmen — mancherorts von „gerechtem Handel“ die Rede ist und „angemessene Preise“ gefordert werden, so sehen wir, daß sich diese Forderung nicht gegen die grundlegende Funktionsweise des Weltsystems richtet. Es handelt sich dabei um Reformen innerhalb des Systems. Eine Kaffee-Mo-

Monokultur etwa bleibt auch dann eine Kaffee-Monokultur, wenn das Endprodukt über sogenannten „alternativen Handel“ seine Abnehmer findet; Textilproduktion in Asien bleibt auch dann Weltmarktproduktion, die zum größten Teil von niedrig entlohnenden Frauen geleistet wird, wenn die Kleidung in österreichischen EZA-Ländern verkauft wird.

Oder, ein anderes Beispiel: Der nicaraguanische oder kubanische Staat bleibt auch dann eine Institution im Weltsystem — mit bestimmten Funktionen und den bekannten Zwängen, denen solche Staatsapparate unterliegen — wenn ihn Gruppen kontrollieren, die vorgeben, eine Transformation des Weltsystems zu beabsichtigen (wie die Sandinisten oder die kubanischen Kommunisten).

Wenden wir uns aber der nächsten Frage zu, die für unsere Zwecke zweifellos wichtiger ist:

Mit dem Weltsystem kamen nicht nur Kapital, Staat und Patriarchat nach Amerika und führten zu einer Modifikation der dortigen Gesellschaften nach diesem Muster, deren Bandbreite von völliger Auslöschung bis zur Übernahme bestehender Strukturen reichte, es kamen auch die entsprechenden Ideologien des Weltsystems.

Ideologien benötigt man zur Legitimation. Legitimation aber betrifft nie die Massen, sondern die Kader. Bei der Frage der Legitimität geht es darum, wie weit die kleine Gruppe der Leiter der Staatsmaschinerie (oder einer politischen Gruppierung) die größere Gruppe des zentralen Stabes und der mittleren Funktionäre von der politischen Nützlichkeit bestimmter Ideologien überzeugen kann.

Aus meiner Betrachtung scheide ich also vorerst den Bereich bäuerlichen und indianischen Widerstands, wie ihn Martina Kaller dargestellt hat, aus, da dieser Widerstand direkt erfolgt und ohne die großen Rechtfertigungen (und ohne die großen Organisationen und somit Bürokratien) auskommt.

Die wohl mächtigste Ideologie der Neuzeit war jene der Modernität, die Auffassung von der Notwendigkeit und Allgegenwart sozialen Wandels, auch Fortschritt genannt.

#### 4. 1789 und der Mythos „nationaler Entwicklung“<sup>11</sup>

Die achtziger Jahre des 20. Jahrhunderts werden in die Geschichte eingehen als das Ende einer Ära. Die Frage ist nun: Welche Ära ist das? Wann hat sie begonnen? Was sind ihre Charakteristika?

Wallerstein nennt die Ära, deren Beginn er idealtypisch mit 1789, der Französischen Revolution, und deren Ende er mit 1989 bis 1991, dem Zusammenbruch der sogenannten sozialistischen Planwirtschaften Osteuropas, festsetzt, die Ära des Triumphs und der Herrschaft der liberalen Ideologie (Wallerstein 1991).

Wir können noch hinzufügen, daß das Gegenstück zum Zusammenbruch der Planwirtschaften Osteuropas das endgültige Scheitern des Mythos von Entwicklung auf globaler Ebene ist, wie es in dem Schlagwort von der „verlorenen Dekade für Entwicklung“ verschämt angedeutet wird und wie es Autoren wie Esteva, Illich oder Sachs längst konstatiert haben.

Aber zunächst zur Französischen Revolution: Neben einigen wirklichen Veränderungen und vielen Kontinuitäten war das entscheidende Moment dieser „Revolution“

die langfristige Umwandlung von Mentalitäten, die natürlich bereits früher (im Zuge der Aufklärung) begonnen hatte — Modernität wurde als Weltanschauung etabliert. Auf den Punkt gebracht ist das die Anschauung, daß das Neue gut und wünschenswert ist, weil wir doch in einer Welt des Fortschritts leben — es ist mit anderen Worten die Auffassung, daß sozialer Wandel „normal“ sei.

Auf der politischen Ebene gab es drei Wege, diese „Normalität“ handzuhaben:

— der konservative Weg folgte der Überzeugung, daß sozialer Wandel langsam vor sich gehen müsse, in kleinen Schritten (nicht aber, daß es keinen sozialen Wandel geben dürfe);

— der Liberalismus beharrte auf ständigen Reformen der Institutionen zur Perfektionierung der Welt;

— die sozialistische Variante schließlich war der Überzeugung, daß soziale Harmonie sich nicht automatisch einstellen würde (wie es der Liberalismus annahm), sondern daß sie sozial geschaffen werden müsse — notfalls auch durch „Revolutionen“.

Bis 1848 hatten alle drei Spielarten von Politik ihre Linie gegenüber der „Normalität“ sozialen Wandels definiert: die Konservativen predigten Vorsicht und Behutsamkeit, die Liberalen ständige rationale Reformen und die Sozialisten eine beschleunigte Transformation, was wir zu anderen Zeiten als die Politik der Rechten, der Mitte und der Linken bezeichnet haben.

Dabei sind zwei Besonderheiten hervorzuheben:

Während in einer ersten Phase alle drei Richtungen prononciert gegen den Staat auftraten (aus verschiedenen Gründen), bemühten sich alle drei speziell nach 1848, als sie sich überall als Parteien etabliert hatten, um eine ständige Stärkung der Staatsstrukturen.

Das führt uns zur zweiten Besonderheit:

Trotz der heftigen Kämpfe zwischen den dreien existierte in Wirklichkeit nur eine Ideologie, die des Wandels, des Fortschritts, damit die des Liberalismus; Konservative und Sozialisten mutierten zu liberalen oder aufgeklärten Konservativen und zu liberalen Sozialisten oder Sozialdemokraten. (Ein Blick auf die politische Landschaft der damaligen Zeit liefert uns genügend Beweise dafür.)

Bis zum Ausbruch des I. Weltkriegs spielte sich dieses „Theater“ vor allem in den Zentrumsländern ab. Die hauptsächliche Aufgabe staatlicher Politik war die Integration der Arbeiter in den politischen Prozeß und die Vornahme eines gewissen Einkommentransfers, um sicherzustellen, daß sich bei Wahlen nicht sonderlich viel ändern würde, und daß die effektive Nachfrage im Sinne von Keynes ausgeweitet würde. Das Ergebnis dieser Politik war das, was wir heute als Wohlfahrtsstaat und westliche Demokratie kennen.

Und was geschah in den semiperipheren und peripheren Gebieten der Weltwirtschaft (semiperipher war zu dieser Zeit etwa Österreich-Ungarn)?

Im Zuge des Dreißigjährigen Kriegs im 20. Jahrhundert (von 1914 bis 1945) wurde das liberale Emblem des „Selbstbestimmungsrechts“ der Völker auf jene Gebiete ausgedehnt (zuerst von Wilson, später von Roosevelt, Truman, etc.). Das unmittelbare Ergebnis davon war die politische Dekolonialisierung in Afrika und Asien, in Lateinamerika erfolgte sie aufgrund der Schwäche der semiperipheren Metropole Spanien bereits 100 Jahre früher.

Die logische Folge dieser politischen Dekolonialisierung war das, was wir alle aus der Nachkriegszeit nur allzu gut kennen: die Forderung nach „nationaler (wirtschaftlicher) Entwicklung“, ein Mythos, der es mehr als bisher erlaubte, die nun als „unterentwickelt“ geltenden Gebiete in den Weltmarkt einzubeziehen und verstärkt interne Ressourcen für diesen Zweck, für dieses nun „nationale“ Anliegen zu mobilisieren.

In meiner Reprise auf die liberale Ideologie des Fortschritts fehlen mir jetzt noch zwei wichtige Daten: 1917 und 1968.

1917, die Russische Revolution, werden Sie einwenden, war ein klarer Bruch mit der liberalen Ideologie.

Das stimmt, jedoch nur zum Teil und nur für eine relativ kurze Zeitspanne. Als nämlich die Revolution in Deutschland, wo sie eigentlich von den Kommunisten erwartet wurde, nicht und nicht kam, erfanden die Russischen Revolutionäre (besonders Stalin) zur Rechtfertigung ihres Vorgehens die These, „Sozialismus“ könne es auch in „einem Land“ geben. Und was hieß das? Nichts anderes wohl, als daß für die UdSSR die gleichen Rechte wie für die anderen Staaten — die anderen Zentrumsstaaten — auf Weltsystemebene gefordert wurden. Erreichen wollte man das über eine Strategie nationaler Integration und Industrialisierung — mit anderen Worten, über „nationale Entwicklung“.

Dasselbe geschah in den dekolonisierten Ländern Afrikas und Asiens wie auch in Lateinamerika während und nach dem II. Weltkrieg.

Das zweite bedeutsame Datum ist 1968: Wallerstein bezeichnet es als das Jahr der 2. Weltrevolution (nach 1848), in dem die Strategien der kapitalistischen Weltwirtschaft transformiert wurden. 1968 markiert das Zerbrechen des liberalen Konsenses, und zwar weltweit! Daß dieser Bruch erst in den achtziger Jahren so richtig sichtbar wurde, hat mehrere Gründe (*longue durée*, etc.) — jedenfalls war klar geworden, daß die liberale Politik an ihre Grenzen geraten war, ohne daß sie mehr als 15 bis 20 % der Weltbevölkerung integriert hätte (der Süden, die Dritte Welt in der Ersten, auch „die Frauen“, Bauern usw. mögen als Schlagworte genügen).

Auf diesen Bruch folgte auf allen Seiten eine Zeit der Verwirrung und der Suche nach neuen Strategien, die noch lange nicht abgeschlossen ist. Bei der sogenannten „Rechten“ könnte man das über Thatcher, Reagan bis Bush, über die Begriffe wie neokonservativ bis neoliberal verfolgen, das ist jedoch hier nicht unser Thema.

Bei der Linken drückte sich diese Verwirrung unter anderem darin aus, daß ein Regime nach dem anderen seine Legitimation verlor. Gegen Ende der achtziger Jahre war klar, daß der liberale Traum ausgeträumt ist, und zwar auf Weltsystemebene.

Vorerst jedoch noch zwei Beispiele aus Lateinamerika, die uns obige Thesen verdeutlichen helfen:

#### 4.1. *Dependenztheorie*<sup>12</sup>

Die Dependenztheorie, der wohl bedeutendste Beitrag aus Lateinamerika zur Theoriediskussion im Bereich von Wirtschaft und Gesellschaft, entstand aus einer Kritik an den in der Nachkriegszeit dominierenden Modernisierungs- und Entwicklungstheorien, die zum überwiegenden Teil aus dem Zentrum (den USA) stammten. Es galt damals, Wege zu finden, die Unzufriedenheit der großen Zahl gerade erst

politisch dekolonialisierter Länder sowie der bereits früher unabhängig gewordenen Staaten Lateinamerikas aufzufangen, Wege, die einen „Anschluß“ an die industrialisierte Welt versprochen.

Die wohl wichtigste unter diesen kritischen Theorien war die von Raul Prebisch angeführte CEPAL-Schule<sup>13</sup>. Ihre Leistungen auf theoretischem Gebiet nehmen sich großartig aus, ihr verdanken wir eine Reihe wertvoller Einsichten in das Funktionieren der Weltwirtschaft (etwa das Zentrum — Peripherie — Modell; die Konstatierung der Verschlechterung der Terms of Trade für Produkte aus der sogenannten Dritten Welt, speziell der agrarischen Produkte aus Lateinamerika; usw.).

Trotzdem blieb diese bei uns als Dependenztheorie oder Cepalismus bekannt gewordene Schule strikt dem Ziel nationaler Entwicklung — zu dessen Zweck sie ja auch ins Leben gerufen wurde — verhaftet. Trotz der zeitweiligen Erfolge, die manche Länder erreichten, als sie im Bereich der Wirtschaftspolitik den Empfehlungen der CEPAL folgten, ist die Strategie insgesamt und auf lange Sicht überall gescheitert — ja, sie führte sogar noch zu einer verstärkten Abhängigkeit und zu mehr Armut und war schließlich eine der Ursachen der Schuldenkrise der achtziger Jahre.

Es ist unmöglich, den gesamten Bereich der Dependenztheorie hier abzuhandeln.<sup>14</sup>

Ich bleibe hier bei dem Mann, der Ihnen vielleicht weniger bekannt ist als Enrique Cardoso oder Celso Furtado (bzw. in Europa Dieter Senghaas), der aber als Gründungsvater der Dependenztheorie bezeichnet wird; bei Raul Prebisch. An seiner Biographie und seinen Arbeiten können wir beispielhaft den Weg der Dependenztheorie nachvollziehen.

Raul Prebisch wurde 1901 in Buenos Aires/Argentinien geboren. Er erhielt seine ökonomische Ausbildung in der damals herrschenden Neoklassischen Lehre und war zunächst ebenfalls ein Anhänger dieser Theorie. Unter dem Einfluß der Weltwirtschaftskrise rückte er etwas davon ab, nahm die kritischen Gedanken von Keynes auf. In seiner Zeit als stellvertretender Finanzminister und später, von 1933 bis 1945, als Direktor der Zentralbank Argentiniens empfahl er jedoch weiterhin die neoklassischen Rezepte.

Unter dem Eindruck der Weltwirtschaftskrise und der in der Nachkriegszeit beginnenden Phase von Entwicklung wurde schnell offensichtlich, daß die alten Theorien nichts mehr taugten. Als Prebisch 1949 Exekutivsekretär der gerade gegründeten CEPAL wurde, war ihm klar geworden, daß er die alten Dogmen aufgeben mußte. Ebenfalls war ihm klar geworden, daß der Staat im Entwicklungsprozeß eine aktive Rolle übernehmen sollte. Aus diesen Überlegungen und aus den Erfahrungen einiger lateinamerikanischer Länder während der Zeit des I. und II. Weltkriegs folgte das für die CEPAL typische Entwicklungsmodell: gefördert werden sollten eine Industrialisierung über den Ersatz von Importen und eine engere Einbindung in die Weltwirtschaft.

Die Ideen der CEPAL trafen von Anfang auf große Widerstände, vor allem von seiten der Regierungen der Industrieländer, der transnationalen Konzerne und großer Gruppen der Herrschenden in Lateinamerika. In den fünfziger und sechziger Jahren fanden sich in Lateinamerika aber auch gesellschaftliche Gruppen, die als soziale Träger für diese Theorie in Frage kamen: die neuen Mittelschichten, liberale Militärs und Sozialisten, das aufstrebende Bürgertum und — später — auch so manche revolutionären Bewegungen. Mit der in den siebziger Jahren einsetzenden Krise nahm der Einfluß der CEPAL unter dem Druck der herrschenden neoliberalen

Stimmung dann ständig ab, speziell als das Scheitern dieses Entwicklungsweges in einigen Ländern, in denen er praktiziert wurde, offensichtlich wurde.

Doch zurück zu Raul Prebisch: Mit der CEPAL, die 1951 institutionalisiert wurde, schuf er einen Ort „unabhängigen“ Denkens in Lateinamerika (wie es Sonntag 1991, S. 10 formulierte), durch dessen Schule eine Reihe bekannter Leute gegangen sind: etwa Celso Furtado, Mayobre, Anibal Pinto, Osvaldo Sunkel, André Gunder Frank und Enrique Cardoso usw.

Mit diesen Leuten und ihren Beiträgen wurde der Cepalismus zur einflußreichsten Theorie der (kapitalistischen) Entwicklung aus der Unterentwicklung heraus. Seine wichtigsten Beiträge waren:

Die Etablierung des Zentrum-Peripherie-Modells. Die Dichotomie wurde als System aufgefaßt, in anderen Worten, als strukturelle Heterogenität der Gesellschaften Lateinamerikas. Man postulierte damit die Ungleichzeitigkeit und Ungleichmäßigkeit von Entwicklung, wobei dem technischen Fortschritt (bzw. dessen Fehlen) eine Schlüsselrolle zukam. Der bisherigen Entwicklung „*hacia afuera*“ (nach außen gerichtet) wurde eine Entwicklung „*hacia adentro*“ (nach innen gerichtet) gegenübergestellt. Die CEPAL forderte etwa:

- die Modernisierung der Primärwirtschaft über die Diversifizierung und Technifizierung der Produktion (Stichwort: Grüne Revolution);
- die schrittweise Einsetzung des industriellen Sektors als dynamische Achse der Wirtschaft;
- die Neudefinition der internationalen Wirtschaftsbeziehungen;
- eine Umverteilung des Volkseinkommens.

Der wichtigste Punkt war die Industrialisierung, die über einen Ersatz von Importen zunächst die Versorgung mit Massenkonsumgütern, dann mit dauerhaften Konsumgütern und später mit Kapitalgütern sicherstellen sollte. Betont wurde in diesem Prozeß die Notwendigkeit staatlicher Planung.

Als klar wurde, daß dieser Weg zum Scheitern verurteilt war, da man anstatt einer Importersatzgüterindustrie eine verstärkte Abhängigkeit von Vorleistungen und Patenten erhielt, erweiterte die CEPAL ihre Analyse. Sie berücksichtigte in der zweiten Phase stärker die sozialen und politischen Hindernisse für Entwicklung und dehnte ihre Betrachtungen auf die gesamte Gesellschaft aus. Sie forderte Strukturreformen in der Landwirtschaft, im Erziehungsbereich und in der Bürokratie. Aus dieser Zeit stammt auch die Bezeichnung „Strukturalismus“ für diesen Zweig der CEPAL-Schule: Entwicklung wurde als integraler und „totaler“ Prozeß gesehen, der nur über Strukturreformen erreicht werden könnte. (Sonntag 1991, S. 159.)

Als sich für diese Reformen keine sozialen Träger fanden, verlagerte Prebisch seine Bemühungen wieder in den theoretischen Bereich. Er wollte eine „Theorie des peripheren Kapitalismus“, den er als eine Besonderheit, als einen „nachahmerischen“ Kapitalismus sah, erstellen und Möglichkeiten zu seiner Transformation finden. Der Schlüssel für diese Transformation lag für Prebisch in der Frage der Macht und damit in der Frage über die Kontrolle der Überschüsse. Als Lösung schlug er etwas vor, was wir bereits kennen: eine Verbindung aus Sozialismus und Liberalismus, die sowohl die „Freiheit des Individuums“ (Sonntag 1991, S. 16) respektiere als auch die „Früchte des Fortschritts“ (Sonntag 1991, S. 16) gleichmäßig verteile. Irgendwie klingt das recht bekannt!

Die drei Etappen im Denken Raul Prebischs (und der CEPAL) waren also: die Formulierung des cepalistischen Entwicklungsmodells; seine Modifikation und Erweiterung um das soziale und politische Feld; und die Formulierung einer Theorie des peripheren Kapitalismus.

1986, kurz vor seinem Tod, umriß Raul Prebisch anläßlich einer Sitzung der CEPAL noch einmal sein politisches Credo: „Niemand hat heute die offenbarte Wahrheit, weder im Norden noch im Süden. Beide haben Spuren von Wahrheit, wir haben Analysen angestellt, von denen einige versprechend sind, aber wir können als offenbarte Wahrheit nicht akzeptieren, was man im Norden denkt. Ich respektiere die Ideen des Nordens sehr, aber sie dürfen nicht zu ihrem Nominalwert genommen werden. Es ist wesentlich, daß wir Menschen aus Nord und Süd irgendwann darangehen, die Art unserer Probleme zu prüfen, und dabei die Dogmen, die vorfabrizierten Ideen beiseite lassen, bis wir einige gemeinsame Gesichtspunkte haben. Denn ich bin davon überzeugt, daß, angesichts der Industrialisierung der Entwicklungsländer, diese bei der Entwicklung der Wirtschaften der nördlichen Hemisphäre eine dynamische Rolle spielen könnten. Wir verschwenden die Chance. Wir müssen zu Formeln kommen, die nicht die der Vergangenheit sind.“ (zitiert in: Sonntag 1991, S. 11)

Obwohl er die Nutzlosigkeit der alten Dogmen einsieht, gelingt es ihm — und großen Teilen der Dependenztheorie — nicht, sich von der Vorstellung einer Welt, in der Entwicklung und Industrialisierung unausweichlich und für alle Menschen möglich und wünschenswert sind, zu lösen.

Mit dem durchgängigen Scheitern der CEPAL-Strategie in Lateinamerika verschwindet vorerst in den siebziger Jahren auch das Paradigma nationaler Entwicklung aus dem Brennpunkt der theoretischen Bemühungen, wird aber in der Dependenztheorie nie ganz aufgegeben (etwa bei Cardoso, wenn er von einer „associated-dependent development“ spricht).

Auch in anderen Bereichen der lateinamerikanischen Theoriebildung ist der liberale Traum von Entwicklung stets präsent (etwa bei den Debatten um Revolution oder Reform, beispielhaft vor exerziert in der Auseinandersetzung zwischen Mariátegui und Haya de la Torre). Die Vorstellung dahinter ist meist die selbe: Wenn man die Geschichte sogenannter „entwickelter“ Länder nur genau genug untersucht und theoretische Antworten für Lateinamerika fände, wäre es möglich, daraus Modelle abzuleiten, die eine Wiederholung des Entwicklungsweges der industrialisierten Länder für zumindest einen großen Teil der anderen Länder dieser Welt erlaube.

Daß diese Perspektive verloren gegangen ist, wissen wir spätestens seit dem Ende der achtziger Jahre.

## 4.2. Der „Kommunismus in den Tropen“

Ein weiteres, etwas anders gelagertes Beispiel finden wir in Kuba und Nicaragua:

Beide Bewegungen, jene von Fidel Castro und jene der Sandinisten, waren zweifellos lange Zeit „antistatistisch“. Beiden gemeinsam ist aber auch, daß ihre Ziele, der Hinauswurf Batistas und der transnationalen Konzerne bzw. der somozistischen Nationalgarde, nicht mit dem Ergebnis ihrer Politik übereinstimmen: der Erringung der Staatsmacht in Kuba und Nicaragua. In beiden Ländern wurden ohne

Zweifel große Leistungen vollbracht, so zum Beispiel im Gesundheits- und Bildungsbereich.

Beide Bewegungen waren aber zu den Trägern des Staates geworden und durch die Machtübernahme in eine Situation geraten, die sie dazu zwang, in der einen oder anderen Art im Weltsystem mitzuspielen — oder von diesem bekämpft zu werden.

In Kuba und Nicaragua wurden Landreformen durchgeführt, die zwar ein wenig an den Strukturen der Landhaltung änderten (bei weitem aber nicht soviel, wie sie vorgaben), die jedoch wenig bis gar nichts an den erzeugten Produkten (und somit an der Abhängigkeit) änderten.

Die Übernahme der Macht im Staate zwingt zu bestimmten Handlungen, die auf Dauer dazu führen, daß die Regierenden an Legitimität verlieren (etwa wenn Daniel Ortega ein Anpassungsprogramm im Stile der Weltbank durchsetzen muß).<sup>15</sup>

Der liberale Traum nationaler Entwicklung ist in beiden Ländern gescheitert. In Kuba sind die Kommunisten nun Verwalter eines beziehungslos gewordenen Erbes, in Nicaragua ist das den Sandinisten erspart geblieben — sie wurden abgewählt.

## 5. Der Fall Guatemala: neue Konfliktlinien, neue „Verbündete“

Vom 7. bis zum 12. Oktober 1991 fand in Quezaltenango, Guatemala, der „Segundo Encuentro continental de 500 años de resistencia indígena, negra y popular“ (Zweiter kontinentaler Kongreß zu 500 Jahren indianischen, schwarzen und Volkswiderstands) zur Vorbereitung der 500sten Wiederkehr des Beginns der Kolonialisierung und Eroberung Amerikas statt. Von vielen der anwesenden ausländischen Journalisten und Kommentatoren unbemerkt vollzog sich bei diesem Kongreß von Widerstandsgruppen aus ganz Amerika eine Spaltung, die signifikant ist für die politische Situation in Lateinamerika: vereinfacht dargestellt fanden sich auf der einen Seite die mit linken Parteien, Gewerkschaften oder sonstigen „staatstragenden“ Organisationen liierten Gruppen, auf der anderen Seite die Vertreter von Basisbewegungen, Stadtteilgruppen, indianischen Netzwerken und ähnlichem. Der Konflikt läßt sich am besten durch die Abstimmungsprozedur zur Auswahl des diesjährigen Veranstaltungsortes skizzieren: die „Kongreßprofis“ aus Kuba und Nicaragua votierten rhetorisch geschickt für ein Treffen in Nicaragua — nicht zuletzt zur Unterstützung der Sandinisten. Die Vertreter Mexicos und Perus, der beiden alternativen Veranstaltungsorte, argumentierten etwas umständlich entlang historischer Begründungen — Mexiko sei das erste eroberte Gebiet auf dem Festland gewesen und deshalb als Veranstalter geeignet — und mit Verweisen auf die prekäre Lage, in der sich die Indios in Peru zur Zeit befänden. In einer turbulenten, an die Stimmung bei grün-alternativen Bundeskongressen erinnernden Atmosphäre ging dann die Abstimmung nach schönster westlich-demokratischer Manier vonstatten, die einen hauchdünnen Vorsprung für Nicaragua brachte.

Schon im Zuge der Vorbereitung des Kongresses war es in Guatemala zu einer Verstimmung zwischen unabhängigen indianischen Gruppen und der mit der Guerillaorganisation EGP (Ejército Guerrillero de los Pobres — Guerillaheer der Armen) verbundenen Bauernorganisation CUC (Comité de Unidad Campesina) gekommen. Der CUC, ausgestattet mit Hilfgeldern westlicher Solidaritätsgruppen und einer

straffen Organisation, noch dazu mit Rigoberta Menchú als populärer Vertreterin, versuchte, das Treffen für sich zu vereinnahmen.

Viele autonome Initiativen in Guatemala hatten es von vorneherein wegen der zu befürchtenden politischen Repression und wegen ihrer Zweifel an der Sinnhaftigkeit solcher Kongresse abgelehnt, an der Vorbereitung des Treffens teilzunehmen. Jene, die sich trotzdem darauf einließen, hatten mit anderen Problemen zu kämpfen: Vielen war es einfach nicht möglich, ein bis zwei Leute wochenlang für die Arbeit im Organisationskomitee abzustellen, da sie es sich wirtschaftlich nicht leisten konnten. Andere, denen das gelang, waren mehr mit der Begrenzung des Schadens beschäftigt, den der CUC durch seine plumpe, dogmenhafte Propaganda anrichtete, als mit der Vorbereitungsarbeit.

Der Epilog zum Treffen: 1992 werden zwei getrennte Kongresse stattfinden. In Nicaragua werden sich die Funktionäre der mit den bekannten „staatstragenden“<sup>16</sup> Institutionen verbündeten Gruppen treffen, wobei das Organisationskomitee — ganz im Stile der Vorzeigefrauen heimischer Parteien — fast vollständig mit Misquito-Indios besetzt wurde. Parallel dazu findet in Mexico ein Treffen ausschließlich indianischer Widerstandsgruppen statt. Ich will damit aber nicht behaupten, daß dort lediglich Basisgruppen vertreten sein werden, um somit ein billiges gut-böse Schema zu entwerfen. Nur, die Tatsache der Spaltung, ihre Geschichte und die Wahrnehmung dieses Vorgangs von seiten der Kommentatoren finde ich überaus bezeichnend.

Die Zeit der achtziger Jahre war nicht nur die Zeit der ökonomischen Krise, sondern vielerorts in Lateinamerika die Zeit der Krise der traditionellen Linken. In der neoliberalen Aufbruchsstimmung verloren linke Parteien und Gewerkschaften politisches Terrain an ihre konservativen Widersacher oder fanden sich in einer Situation wieder — wie etwa die nicaraguanischen Sandinisten —, in der sie diejenigen waren, die Anpassungsprogramme im Stile der Weltbank durchführten. Der „bewaffneten Avantgarde“ erging es nicht besser: mehr und mehr nahm sie Formen des Kampfes an, die sich von denen des Staates durch nichts unterschieden. Nun stehen beide, legale Opposition und Guerilla, vor dem Scherbenhaufen ihrer Politik. Sie haben — schlicht und einfach — die Basis, die sie zu vertreten vorgaben und auf deren Unterstützung sie die moralische Legitimation für ihren Kampf gründeten, verloren.

Die Zauberformel für den Ausweg aus diesem Dilemma war schnell bei der Hand: Xabier Gorostiaga, ein anerkannter, in Nicaragua tätiger Sozialwissenschaftler, nahm Antonio Gramscis Begriff der zivilen Gesellschaft wieder auf,<sup>17</sup> die es über die Vereinigung der traditionellen Linken mit den aufgrund der Krise aufblühenden Graswurzelbewegungen zu stärken gelte, um somit eine Demokratisierung der Gesellschaften Lateinamerikas herbeizuführen — und den linken Parteien wieder an die (Staats-)Macht zu verhelfen.

Dieser neuerliche Versuch der Kooptierung von Gruppen, die in der Mehrzahl aus dem „informellen Sektor“ kommen, übersieht jedoch, daß die Linke in Lateinamerika — ebenso wie es Wallerstein für die Neue Linke in Europa formuliert hat<sup>18</sup> — nicht mehr länger Teil der Lösung, sondern selbst Teil des Problems ist. Wie Kaller<sup>19</sup> überzeugend ausführt, lassen sich die vielfältigen und kreativen Formen bäuerlichen indianischen Widerstands nicht allein auf den bewaffneten Kampf reduzieren, ja, dieser nimmt in der Chronik indianischen Widerstands zu allen

Zeiten eine untergeordnete Rolle ein; auch die Erringung der Staatsmacht spielt selten eine Rolle.

Nichtsdestotrotz versuchte die guatemaltekeische Guerilla, aufgrund des Fehlens linker Parteien die einzige relevante Exponentin der Linken im Land, über eine Strategie der Polarisierung die Indios zu einer Entscheidung zwischen Staat/Militär/Oligarchie und Guerilla/Volk/Gerechtigkeit zu zwingen, sozusagen also das Widerstandsmonopol für sich zu beanspruchen. Andere Alternativen wurden zunächst ausgeschlossen, womit auch jegliche Diskussion über die Sinnhaftigkeit des bewaffneten Kampfes geächtet wurde.

Der Druck von zwei Seiten bezieht sich auf exakt diese von Guerilla und Staat gleichermaßen provozierte Entscheidungssituation: die Guerilla forderte ebenso Loyalität ein wie der Staat; wo die Guerilla aktiv war, tauchte alsbald das Militär auf; wer nicht für „das Volk“/die Guerilla ist, ist für „den Staat“/das Militär und umgekehrt — wer nicht regelmäßig seinen Dienst bei der Armee versieht oder sich sonstwie der Befehlsgewalt des Militärs zu entziehen versucht, gilt als „Subversiver“, als Unterstützer der Guerilla.

Aus der Geschichte und dem Verhalten der Guerilla wird ersichtlich, daß dies keine Neuigkeit hätte sein dürfen. Daß die Guerilla durch ihre Art der internen Organisation und der Art ihrer Aktionen indianische Lebens- und Widerstandsweisen ignoriert und dem Staat in die Hände spielt, wurde lediglich vorübergehend durch die Revolutionsromantik in Guatemala wie unter den Solidaritätsgruppen in Europa und den USA verdeckt. Die extreme Repression unter Lucas García gegen Ende der siebziger, Anfang der achtziger Jahre trug ein übriges dazu bei, die Polarisierung von Staat und Opposition — und somit die Ausschaltung anderer Alternativen als die des bewaffneten Kampfes — voranzutreiben.

Die erste Guerilla bildete sich in Guatemala zu Beginn der sechziger Jahre durch eine Spaltung innerhalb des Militärs und operierte im vornehmlich von Ladinobewohnten Südosten des Landes. Nach ihrer fast vollständigen Zerschlagung entstanden in den siebziger Jahren insgesamt vier größere Guerillaorganisationen, die sich 1982 zur URNG (Unidad Revolucionaria Nacional Guatemalteca) zusammenschlossen.

Der PGT (Partido Guatemalteco de Trabajo), jener Teil der guatemaltekeischen Kommunistischen Partei, der den bewaffneten Kampf aufnahm, ist bereits in den sechziger Jahren als ladinische Mittelklasseguerilla gegründet worden und verfolgte eine Strategie der Ignoranz gegenüber der indianischen Bevölkerungsmehrheit — vom PGT als „indianische Minderheit“ (Smith 1990, S. 266) bezeichnet —, die die Integration der Indios in eine nationale Gesellschaft zum Ziel hatte.<sup>20</sup>

Die beiden anderen wichtigen Guerillaorganisationen, der EGP und die ORPA (Organización Revolucionaria de Pueblos Armados), deren Führungspersönlichkeiten ebenfalls Ladinobewohnte, zumeist mit Universitätsausbildung, sind, stießen bei der Suche nach einer neuen sozialen Basis auf die Indios. Wenn sie sich nun auch in verstärktem Maß bemühten, auf die Forderungen und Ansprüche der Indios, die sie ja vertreten wollten, einzugehen, so blieb doch die Zahl jener Indios, die aktiv am Guerillakampf beteiligt waren, relativ gering. Neben der Teilnahme der Indios am bewaffneten Kampf war es für die Guerilla auch wichtig, die Unterstützung von indianischen Bauern für Spitzeldienste, Nahrungsmittelversorgung und logistische

Hilfe wie die Gewährung von Unterschlupf oder die Information über bestimmte Wege und lokale Gegebenheiten zu genießen. Das Eingehen auf die Indios war also von strategischen Überlegungen bestimmt, das Ziel blieb immer ein verschwommener Sozialismus oder „revolutionärer Wandel“ (EGP; zitiert in Smith 1990, S. 269), ausgehend und getragen von den „ausgebeuteten Klassen“ (PGT; zitiert in Smith 1990, S. 267).

Die Rolle der Indios wurde demnach in bester linker Tradition — genau wie die „Frauenfrage“ — als Nebenwiderspruch begriffen, als ein Problem, das sich nach erfolgter „Befreiung“ von selbst lösen würde.

Den indianischen Lebensweisen wurde — genauso wie die 500 Jahre davor — die Existenzberechtigung abgesprochen. Während der PGT es klar formuliert — „We should simply incorporate indian communities into the revolutionary process through their situation as an exploited class.“ (PGT; zitiert in Smith 1990, S. 267) —, gesteht der EGP zwar zu, daß „the ethnic national contradiction (?) ... one of the fundamental factors in all possible revolutionary change [is]“ (EGP; zitiert in Smith 1990, S. 269), spricht aber gleichzeitig die Befürchtung aus, daß „the national-ethnic factor will burst forth in detriment of class factors“ (EGP; zitiert in Smith 1990, S. 270).

Alles in allem unterscheidet sich der Umgang der Guerilla mit den Indios nicht allzusehr von dem der traditionellen Linken in Europa mit Frauen und Bauern: Vorfabrizierte Ideologien dienen als Legitimation für die Führung eines Kampfes, dessen Ziele und Formen nicht diejenigen sind, in deren Namen gekämpft wird. Schlimmer noch: durch ihren Irrtum, zu Beginn der achtziger Jahre kurz vor der Machtübernahme zu stehen, intensivierte die Guerilla ihre Aktivitäten und zwang somit weite Teile der Bevölkerung, „Farbe zu bekennen“, sich zu deklarieren, ohne dabei zu bedenken, daß sie damit dem Militär zur Gelegenheit verhalf, massiv gegen die Menschen vorzugehen.

In diesem Sinn sind die neuen Spaltungen, die sich seit einigen Jahren zwischen der Guerilla als Exponentin der traditionellen Linken und Graswurzelbewegungen, die einen eigenen Weg zu gehen versuchen, ein Ergebnis der ähnlichen Formen, Strategien und Folgen des Umgangs von Guerilla und Staat mit den Indios in den achtziger Jahren, die aus vordergründig erbitterten Gegnern neue Verbündete gemacht haben: das Militär/der Staat und die Guerilla als lediglich die andere Seite der Medaille.

Die Durchstaatlichung in Lateinamerika war auf einen enormen Einsatz staatlicher Gewalt angewiesen, der wie jeder dieser Kraftakte nur vorübergehend denkbar ist. Eine Umkehr des Trends ist bereits abzusehen, die Frage, inwieweit sich diese Durchstaatlichungserfolge als dauerhaft erweisen, wird jedoch nicht zuletzt davon abhängen, ob die Guerilla und die übrige traditionelle Linke (die quasi in der Nachkriegszeit „verstaatlicht“ wurde) bereit sein werden, den Diskurs über „a historically new form of resistance that is being generated today throughout the Third World — the antistate discourse that erupted in the late 1980s“ (Smith 1990, S. 277) zumindest zuzulassen, noch ganz zu schweigen davon, ihn aufzunehmen. In Guatemala sind die Träger dieses Diskurses unabhängige Gruppen, die über die Wiederbelebung von Traditionen auf ihrer Identität als Indios gründen, Gruppen, die in ihrer „Archäologie von Entwicklung“ (Sachs 1989) auf den Staat als Entwicklungsrüne blicken.

Am Ende einer Ringvorlesung mit dem Titel „Die Perspektiven Lateinamerikas in den neunziger Jahren“ über den „Verlust der Perspektiven“ zu sprechen, entbehrt nicht einer

gewissen Ironie. Aber es sind genau diese großen Perspektiven von Entwicklung, von nationaler Entwicklung, von nationaler Befreiung, von denen wir uns verabschieden müssen, um angemessen auf die neue Situation reagieren zu können.

## ANMERKUNGEN

- <sup>1</sup> Teil 2. und 5. stammen zum Großteil aus Brunner 1992.
- <sup>2</sup> Gespräch im Sommer 1991 in Guatemala mit einem Quiché-Indio.
- <sup>3</sup> Vergleiche etwa die aktuelle Lage in El Salvador, Guatemala, Kolumbien, Kambodscha und die Situation in vielen Ländern Afrikas nach deren politischer Dekolonisation.
- <sup>4</sup> In Guatemala weigerten sich Guerilla und Regierung, unabhängige indianische Gruppen, die sich in den Flüchtlingslagern in Mexiko oder im Land aufgrund der ständigen Gewalt gegen die Landbevölkerung gebildet hatten, zu den in Mexiko stattfindenden Verhandlungen zur Regelung der zukünftigen Beziehungen zwischen Opposition und Regierung zuzulassen.
- <sup>5</sup> Die Anspielung Eric Wolfs auf Friedrich Engels' „Völker ohne Geschichte“ (Wolf 1986) nehme ich als Metapher für jene Sprach- und Sprachrohrlosen, die den Hauptteil des sogenannten informellen Sektors, der Marginalisierten oder der nicht in den üblichen Interessenvertretungen (Parteien, Gewerkschaften etc.) Organisierten bilden und die zum Objekt der Begierde der sich nun basislos dastehend sehenden linken oder Zentrumsparteien geworden sind.
- <sup>6</sup> Den Hinweis auf das fünfte M der Erbschaft — den Machismo — gab Claudia von Werlhof. Machismo, die bekannteste lateinamerikanische Variante bzw. Bezeichnung für Sexismus, ist ebenso wie die universalisierenden Theorien konstitutives Element des Weltsystems. Siehe Wallerstein 1984 oder Werlhof u.a. 1983.
- <sup>7</sup> Siehe Wilhelmy 1989<sup>2</sup>.
- <sup>8</sup> Ein aktuelles Beispiel hierfür bietet etwa die Anti-Drogen-Politik der USA, die sinnigerweise außerhalb der USA betrieben wird und deren wesentlicher Effekt die Durchmilitarisierung der lateinamerikanischen Gesellschaften ist.
- <sup>9</sup> Wallerstein erklärt diese Krise mit dem Zusammentreffen von Jahrhunderttrends mit einer unmittelbaren zyklischen Krise und einer Klimaverschlechterung. Näher: Wallerstein 1986, S. 45ff.
- <sup>10</sup> Aus Wallerstein 1986, S. 122f.
- <sup>11</sup> Dieser Abschnitt beruht vor allem auf Wallerstein 1991 und Brunner 1991.
- <sup>12</sup> Hierzu vor allem Sonntag 1991 und Kay 1989.
- <sup>13</sup> CEPAL (Comisión Económica Para América Latina) ist die Wirtschaftskommission der UNO für Lateinamerika.
- <sup>14</sup> Einen hervorragenden Überblick über die lateinamerikanische Theoriebildung in diesem Bereich gibt Kay 1989.
- <sup>15</sup> Jean Ziegler legt die Zwänge und Dynamiken, die unabhängig von den beteiligten Personen existieren dar. In: Ziegler 1989, S. 115ff.
- <sup>16</sup> „Staatstragend“ meint hier mit einem ironischen Unterton auch die Guerilla.
- <sup>17</sup> Unter anderem bei einer Konferenz lateinamerikanischer Oppositionspolitiker im April 1991 in Wien zum Thema „Die Perspektiven Lateinamerikas in den neunziger Jahren“.
- <sup>18</sup> So Wallerstein anlässlich eines Seminars in Dubrovnik zu World-System Politics im Mai 1989.
- <sup>19</sup> In Kaller 1992.
- <sup>20</sup> Diese und die Aussagen zum EGP und zur ORPA wurden aus Originaldokumenten der jeweiligen Organisationen abgeleitet, die in Smith 1990, CEIDEC 1988 und Guzmán Böckler 1986 zitiert wurden.

## LITERATUR

- Braudel, Fernand: Sozialgeschichte des 15. — 18. Jahrhunderts. 3 Bände. München: Kindler, 1990.
- Brunner, Markus: Nationale Entwicklung versus Entwicklung des Weltsystems. In: AG (Arbeitsgruppe) ENTWICKLUNGSPOLITIK: Anti-Entwicklungs-Reader. Innsbruck: Eigenvertrieb, 1991.
- Brunner, Markus: Entwicklung als Mittel zur Durchstaatlichung in Guatemala von 1970 bis 1990. Innsbruck: Unveröff. Diplomarbeit, 1992.
- CEIDEC (Centro de Estudios Integrados de Desarrollo Comunal): Guatemala — Polos de Desarrollo. El Caso de la Desestructuración de las Comunidades Indígenas. México, D.F., 1988.
- Dietrich, Wolfgang: 500 Jahre Wahrnehmung Amerikas — ein europäischer Traum. Manuskript, 1992.
- Esteva, Gustavo: Fiesta — jenseits von Entwicklung, Hilfe und Politik. Frankfurt, Wien: Brandes & Apsel, Südwind, 1992.
- Guzman Böckler, Carlos: Donde enmudecen las conciencias. Crepúsculo y aurora en Guatemala. México, D.F.: Secretaría de Educación Pública (SEP-CIESAS), 1986.
- Illich, Ivan: H<sub>2</sub>O und die Wasser des Vergessens. Reinbek: Rowohlt, 1987.
- Kaller, Martina: Widerstandskultur in Guatemala. In: Feldbauer, Peter/Puhle, Hans-Jürgen: Bauern im Widerstand. Wien, 1992.
- Kay, Cristóbal: Latin American Theories of Development and Underdevelopment. New York, London: Routledge, 1989.
- Sachs, Wolfgang: Zur Archäologie der Entwicklungsidee. in: Entwicklungspolitischer Informationsdienst des Evangelischen Pressedienstes epd 10/1989.
- Smith, Carol (Hrsg.): Guatemalan Indians and the State: 1540 to 1988. Austin: University of Texas Press, 1990.
- Sonntag, Heinz R.: Die fixe Idee der wirtschaftlichen Entwicklung — Raul Prebisch und das lateinamerikanische Denken. In: Starnberger Forschungsberichte, 2/1991.
- Sonntag, Heinz R.: Das Eigene und das Fremde. Der Staat in Lateinamerika. In: Hübener, Karl Ludolf/Karnofsky, Eva/Lozano, Pilar (Hrsg.): Weißbuch Lateinamerika. Eigenes und Fremdes. Wuppertal: Peter Hammer Verlag, 1991b. S. 145 — 155.
- Wallerstein, Immanuel: Der historische Kapitalismus. Berlin: Argument Verlag, 1984.
- Wallerstein, Immanuel: Das moderne Weltsystem: Kapitalistische Landwirtschaft und die Entstehung der europäischen Weltwirtschaft im 16. Jahrhundert. Frankfurt/M.: Syndikat, 1986.
- Wallerstein, Immanuel: Who Excludes Whom? or The Collapse of Liberalism and the Dilemmas of Antisystemic Strategy. Manuskript, 1991.
- Werlhof, Claudia von: Was haben die Hühner mit dem Dollar zu tun? Frauen und Ökonomie. München: Verlag Frauenoffensive, 1991.
- Werlhof, Claudia von/Mies, Maria/Bennholdt-Thomsen, Veronika: Frauen, die letzte Kolonie. Zur Hausfrausierung der Arbeit. Hamburg: Rowohlt, 1983.
- Wiesenthal, Simon: Segel der Hoffnung. Christoph Columbus auf der Suche nach dem gelobten Land. Berlin: Ullstein, 1992.
- Wilhelmy, Herbert: Welt und Umwelt der Maya. Aufstieg und Untergang einer Hochkultur. München: Piper, 1989<sup>2</sup>.
- Wolf, Eric R.: Die Völker ohne Geschichte. Europa und die andere Welt seit 1400. Frankfurt/M., New York: Campus, 1986.
- Ziegler, Jean: Der Sieg der Besiegten. Unterdrückung und kultureller Widerstand. Wuppertal: Peter Hammer Verlag, 1989.

